

886/AE XX.GP

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer, Ing. Meischberger und Kollegen

betreffend Schutz Gesamtösterreichs vor dem Transitverkehr

Österreich ist im Zusammenhang mit seiner zentralen europäischen Lage und dem stets wachsenden Warenverkehr mit der Tatsache konfrontiert, seine gut ausgebaute, aber nicht für derartige Belastungen gedachte Infrastruktur, ausländischen Transporteuren zur Verfügung zu stellen. Diese ausländischen LKW tragen nichts zur österreichischen Wertschöpfung aber viel zur Umweltverschmutzung in Österreich bei,

Primär trat dieses Problem bislang in Tirol, vor allem auf der Brennerroute in Erscheinung. Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der zunehmenden Integration der östlichen Nachbarländer einerseits und der teilweisen Öffnung der Schweiz für 40t - LKW im Zuge der zu erwartenden Transitvereinbarung - hier ergibt sich eine große Chance, österreichische Interessen durchzusetzen - andererseits, betrifft der Transit nunmehr das ganze Land.

Andererseits besteht im Zuge der Verhandlungen über die Wegekostenrichtlinie der Plan, den Brenner als ‚Sensible Zone‘ gesondert zu behandeln, Restösterreich hingegen dem schrankenlosen LKW - Verkehr preiszugeben, während der alte Transitvertrag bei allen Unzulänglichkeiten immerhin noch Gesamtösterreich umfaßte.

Es ist daher sicherzustellen, daß Österreich insgesamt und dauerhaft die Möglichkeit erhält, sich wirksam vor dem LKW - Transit schützen zu können, so wie dies auch der Bevölkerung im Zuge der EU - Beitrittsverhandlungen zugesagt wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

“Die Bundesregierung wird aufgefordert, insbesondere im Zuge der Verhandlungen über das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz über den Güter - und Personenverkehr auf Schiene und Straße und die Wegekostenrichtlinie dafür zu sorgen, daß Österreich insgesamt in den Genuß eines erhöhten Schutzes vor dem Transitverkehr kommt.”

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen